

Gute Arbeit konkret: Faire Regeln für Praktika.



Viele junge Menschen absolvieren nach dem Abschluss ihrer Berufsausbildung oder ihres Studiums zunächst ein Praktikum. Dies kann Einblicke in das Berufsleben eröffnen und der beruflichen Orientierung von Berufseinsteigern dienen. In den letzten Jahren ist aber eine Tendenz erkennbar, dass Praktika sich immer mehr von ihrer eigentlichen Funktion als Lernverhältnis entfernen.

Eine aktuelle Studie des Bundesarbeitsministeriums zeigt: Praktika werden zunehmend als verdeckte Beschäftigung mit geringer oder gar ohne Bezahlung angeboten. Viele Praktikanten werden als billige Arbeitskräfte auf regulären Arbeitsplätzen eingesetzt. Die Hälfte der Praktika nach Abschluss einer Berufsausbildung wird nicht bezahlt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb eine Initiative gestartet, die diesen Missbrauch beenden soll:

- Die Betroffenen sollen mehr Rechtsklarheit erhalten. Wir wollen eine gesetzliche Abgrenzung von Praktikums- und Arbeitsverhältnissen.
- Praktikanten, die als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, sollen auch die übliche Vergütung für ihre Arbeitsleistung erhalten. Außerdem muss klargestellt werden, dass auch Praktika vergütet werden müssen.
- Praktikanten soll die Durchsetzung von Vergütungsansprüchen erleichtert werden. Der Arbeitgeber soll nachweisen, dass es sich um kein reguläres Arbeitsverhältnis handelt.
- Für Praktikantenverträge soll zwingend die Schriftform eingeführt werden. Es sollen konkrete Lerninhalte und Lernziele festgelegt werden.
- Arbeitgeber, die junge Menschen als billige Arbeitskräfte ausbeuten, sollen sich künftig nicht mehr auf Ausschlussfristen in Verträgen berufen können, nach denen Ansprüche nicht mehr geltend gemacht werden können.

Die SPD setzt sich für Gute Arbeit für alle Menschen ein.

Das bedeutet für uns: gute Arbeitsbedingungen, gerechte Bezahlung, Mitbestimmung und Teilhabe. Mit der Initiative für faire Praktika wollen wir die Bedingungen für junge Menschen konkret verbessern!